

Kein Grund zur Freude

Umweltminister und Oberbürgermeister legen den Grundstein für einen Klimakiller



Graffiti

Wie lange wird der SPD-Vorstand seinen Kurs gegen die eigene Basis noch fortsetzen können? Um diese und andere Fragen geht es in unserem Bericht über den Parteitag der Wilhelmshavener SPD auf Seite 3.

Einen roten Teppich hatte Electrabel ausgelegt, damit die zur Grundsteinlegung geladenen 200 Gäste sich die Schuhe nicht staubig machen mussten. Unser Beitrag zum Klimawandel auf Seite 4.

In unseren Ratssplittern auf Seite 6 geht es um zu viele LKW und zu wenige Busse, um Hartz IV und Umweltschutz und um die Streitkultur im Rat.

Wann ist Schluss mit Lust und Liebe? Eine Frage, die gerade im überalterten Wilhelmshaven eine hohe Aktualität besitzt, wie unser Bericht auf Seite 8 nachweist.

Dreimal geht's auf den Seiten 9 und 10 vor Gericht. Als erstes stehen dort die Regelsätze – ein Gericht interessiert sich für die Auswirkungen der Hartz IV-Gesetze auf Kinder. Auch die Höchstgrenzen für den Mietzuschuss stehen auf Seite 9 vor Gericht. Letztendlich muss sich auch noch ein Rechtsanwalt vor Gericht verantworten. Der den Gegenwind-LeserInnen bestens bekannte Rechtsanwalt Kroll soll sich unsachlich, herablassend, polemisch ... über Amtsleiter von Sozialleistungsbehörden geäußert haben – eine Frage der Ehre.

Nach dem, was sich Rat und Verwaltung in der Havermonikenstraße geleistet haben, fordern wir auf Seite 11 harte Maßnahmen gegen die Verantwortlichen.

Unser Titelbild zeigt Niedersachsens Umweltminister Sander und Wilhelmshavens Oberbürgermeister Eberhard Menzel während der Grundsteinlegung für das Electrabel-Kohlekraftwerk (Fotos: Tjaden). In der Mitte sehen wir einen Beitrag der Wilhelmshavener Greenpeace-Gruppe zum selben Anlass (Foto: Dany Rimpl/Greenpeace).

In unserer Internetausgabe finden Sie auch noch die Meldungen und Berichte, die in dieser Druckausgabe nicht mehr unterzubringen waren:

www.gegenwind-whv.de

meldungen

Heißluft in Finanzlöcher

Bis vor wenigen Wochen war die finanzielle Situation unserer Stadt angeblich formidabel. Im Jahre 2007 hatte die Stadtkasse nämlich die Rekordsumme von 46 Millionen Euro an Gewerbesteuren eingefahren. Doch in diesem Rechnungsjahr geht es mal wieder halsbrecherisch auf Talfahrt:

Die Schätzungen belaufen sich nur noch auf 31 Millionen Euro. Für die Planung des Finanzhaushalts ab 2009 kommt es aber noch dicker: Plötzlich – scheinbar aus heiterem Himmel – rast der städtische Haushalt in ein weiteres Finanzloch hinein. Vorausberechnet wurde ein Minus von jährlich ca. 10 Mio. Euro bei der Gewerbesteuer. Und das über mehrere Jahre! Das Ganze läuft auf einen Fehlbetrag von über 45 Mio. Euro hinaus.

Unvorhersehbar war das aber ganz und gar nicht! Zwar bleibt die Ursache des Steuereinkommensbruchs geheim; doch aus gewöhnlich gut informierten Kreisen ist zu vernehmen, dass für die Mindereinnahmen eigentlich nur die Wilhelmshavener Raffinerie (WRG) in Frage komme. Diese plant bekanntlich die Erweiterung der Produktpalette ihres Betriebes um eine Cokeranlage und einen Hydrocracker. Und seit der öffentlichen Diskussion um den Großinvestor Electrabel wissen die aufmerksamen Wilhelmshavener BürgerInnen, dass Großinvestitionen dazu führen, dass diese Gelder steuerlich abgeschrieben werden und damit als Steuereinnahmen ausfallen.

Haben unsere Finanzexperten im Rathaus damit etwa so lange hinter dem Berg gehalten, weil man wenigstens bis zur Genehmigung der Großprojekte an der Jade keine öffentliche Debatte über deren finanziellen Nichtsnutz losstreiten wollte?

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das nächste Jahr ließ es sich nicht länger vermeiden, dem Rat der Stadt die bevorstehende Finanzmisere mitzuteilen. Diesen Schock sol-

len der Rat und die BürgerInnen erst mal überwinden: Die offiziellen Haushaltsberatungen wurden ins Frühjahr 2009 verlegt. In der Zwischenzeit können ja fleißig Beruhigungspillen verteilt werden, und die SPD-Fraktion hat schon mal damit begonnen: Man will – angesichts steigender Energie- und Lebensmittelpreise sowie der zu erwartenden höheren Krankenkassenbeiträge – auf Gebühren- und Steuererhöhungen möglichst verzichten. Auch ein weiterer Personalabbau bei der Stadt sei kaum noch möglich. Man hoffe jedoch, durch die Bauarbeiten auf den Grodenflächen und die Aufspülungen des Hafengrodens deutlich mehr Grundsteuern, gegebenenfalls auch Gewerbesteuren einnehmen zu können. Zudem setze man auf Mehreinnahmen an Einkommensteuer und Verminderung der Sozialleistungen durch die Beschäftigungswirkung beim Bau und Betrieb der Großprojekte am seeschifftiefen Wasser. Keinesfalls wolle man die vorgesehenen Infrastrukturinvestitionen zurückfahren. Notfalls wolle man neue Schulden anhäufen...

Die Spekulation auf Gewerbesteuerwiderstand spricht allerdings der inzwischen verbreiteten Erkenntnis, dass von Investoren – z.B. WRG, JWP, Electrabel und E.ON – zumindest auf Jahre hinaus keine Gewerbesteuererinnahmen zu erwarten sind. Eine Kosten-/Nutzenrechnung für die vielen Großprojekte zu erarbeiten wäre daher gewiss sachdienlicher, als immer neue populistische Heißluftballons aufsteigen zu lassen. (jm)

Erinnern Sie sich?

Am 23. August 2008 titelte die Wilhelmshavener Zeitung: *“JadeWeserPort: Offizieller 1. Ramschschlag abgesagt.”* Und weiter heißt es: *“Der ‘1. Ramschschlag’ beim Bau des JadeWeserPorts findet ganz ohne Prominenz statt. Das hat gestern die JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft bestätigt. Eigentlich hatte man für kommenden Freitag Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff und Wirtschaftsminister Walter Hirche sowie Bremens 1.Bürgermeister Jens Böhrnsen und Wirtschafts- und Häfensenator Ralf Nagel in Wilhelmshaven erwartet.”* Geplatzt war der Termin, weil Wirtschaftsminister Hirche schon vorher den Beginn des Sandabbaus als quasi 1. Spatenstich eingeläutet hatte. Und da war man dann wohl in Bremen und Hannover etwas verstimmt, weil die Hackordnung nicht eingehalten wurde. Ist doch klar, dass der Ministerpräsident nicht nach dem Wirtschaftsminister aufs rote Knöpfchen drücken kann. In der Zeitung *“JWPREPORT”* der JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft vom September 2008 liest sich dieser Vorgang dann folgendermaßen: *“Unbemerkt von der Öffentlichkeit und ohne politische Prominenz haben Ende August die ersten Rammarbeiten für die Kaje des deutschen Tiefwasserhafens JadeWeserPort in Wilhelmshaven begonnen.”* (hk)

Schiffe an die Steckdose?

Bis vor kurzem hat sich niemand um eine Landstromversorgung der künftig am Kai des JadeWeserPort liegenden Containerschiffe gekümmert (s. Gegenwind Nr. 238). Jetzt hat Ratsherr Johann Janssen (LAW) mit einer kleinen Anfrage den Hut in den Ring geworfen und beantragt, dass der Rat der Stadt sich auf

seiner Sitzung am 08. Oktober damit befasst. Dazu schreibt er einleitend in einem Brief an den Oberbürgermeister, dass große Schiffe auf Grund der Verbrennung von Rohölresten in den Dieselmotoren als Schwimmende Sondermüllverbrennungsanlagen bezeichnet würden. Ein Kreuzfahrtschiff würde z.B. pro Stunde soviel Feinstaub wie 50.000 Autos produzieren, die mit 130 km/h eine Stunde lang auf der Autobahn fahren. Die in Hamburg anfallenden Stick- und Schwefeloxidemissionen gingen zu 80% auf das Konto der Schiffe im Hamburger Hafen.

“In Lüneburg ist für Schiffe eine so genannte ‘Landstromanlage’ installiert worden, die es ermöglicht, dass im Hafen liegende Schiffe ihren notwendigen Strom nicht mehr über Dieselmotoren, sondern von Land aus der Steckdose beziehen können. Durch diese Maßnahme fallen an Stickoxiden 77%, an CO2 90% und an Feinstaub 60% weniger an.” heißt es weiter in Janssens Brief an den OB. Am Lübecker Know-how seien inzwischen Ostseehäfen wie Göteborg, Stockholm, Helsinki, Stettin und St. Petersburg interessiert. Folgende Fragen möchte Ratsherr Janssen dazu beantwortet wissen:

“Welche Maßnahmen hat die Stadtverwaltung bisher unternommen, sich für Landstrom an der Pier des JWP einzusetzen?

Falls das bisher nicht geschehen ist: Wird sich die Stadt zum Schutz der Bevölkerung von Wilhelmshaven und Butjadingen und zum Schutz des Nationalparks Wattenmeer in Zukunft dafür einsetzen?” (jm)

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Gegenwind

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpfer (verantwortl. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 08.10.2008

www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten,
die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder
durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe
beigetragen haben. Besonders bedanken wir uns
diesmal wieder Acki Tjaden und Jochen Martin.



**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Wie lange noch?

Wilhelmshavens SPD-Spitze steuert weiter in Richtung Bedeutungslosigkeit

(hk) Die Wilhelmshavener SPD-Spitze hält unbeirrt an ihrem Kurs in Richtung 20% fest. Auch nach dem außerordentlichen Parteitag des Kreisverbands Wilhelmshaven Mitte September beharren Schmidt, Neumann, Adam usw. auf ihrem basisfernen Politikverständnis.

Der Parteitag war eigentlich das Langweiligste, was in den letzten Jahren auf dieser Bühne geboten wurde; dennoch fehlte es den gefassten Beschlüssen nicht an gehöriger Brisanz.

Im ersten Teil der Anträge ging es um Änderungen der Statuten. So sollte z.B. gestrichen werden, dass der Oberbürgermeister kraft seines Amtes auch stimmberechtigtes Mitglied des Kreisverbandsvorstands ist. Des weiteren sollte auch der Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion nicht mehr automatisch dem Kreisverbandsvorstand angehören. Begründet wurden beide Anträge damit, dass der Kreisverbandsvorstand die Aufgabe habe, die Umsetzung der SPD-Politik zu kontrollieren. Und da können ja schlecht die, deren Arbeit kontrolliert werden soll, auch stimmberechtigt sein.

Die Anträge, die sich mit diesen Themenbereichen befassten, wurden von bis zu 60% der Delegierten unterstützt; für eine Annahme wäre aber eine 2/3-Mehrheit nötig gewesen – die strukturelle Erneuerung der Wilhelmshavener Sozialdemokratie wurde damit erst einmal versperrt. Es gab dazu allerdings auch keine Debatten auf dem Parteitag – alles lief schematisch ab.

Inhaltliche Beschlüsse

Nun war klar, dass es zumindest bei den Anträgen, für die keine 2/3-Mehrheit nötig war, spannend werden könnte. Die Versuche der Parteispitze, die Annahme der inhaltlich geprägten Anträge zu verhindern, liefen ins Leere. Und so muss sich der Wilhelmshavener Kreisverbandsvorstand u.a. für die Durchsetzung der folgenden Inhalte einsetzen:

- Keine weitere Veräußerung von GEW-Anteilen
- Eigene Energieproduktion unter dem Dach der GEW
- Die JUSOS bekommen einen eigenen, selbstverwalteten Etat.
- Konsequenter Ausbau des Banters Sees zu einem Naherholungsgebiet
- Gewinnabführung der Sparkasse Wilhelmshaven ausschließlich für soziale und kulturelle Aufgaben
- Sofortige Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels für Wilhelmshaven
- Die SPD Wilhelmshaven spricht sich gegen jegliche Form der Leiharbeit in städtischen Betrieben, Eigenbetrieben und Tochtergesellschaften und Beteiligungen aus.
- Die Ratsfraktion gibt dazu eine Geschäftsordnung.
- Alle Fraktionsmitglieder werden aufgefordert, ihre Einnahmen aus Aufsichtsräten, Aufsichtsratsentscheidungen, Ratsvorsitz, Bürgermeisterämtern und sonstige Einnahmen, die aus dem politischen Mandat oder Amt resultieren, offenzulegen.
- Die SPD Wilhelmshaven spricht sich gegen eine Ämterhäufung bei einzelnen Parteimitgliedern aus.

- Die SPD spricht sich für Bürgerbefragungen bei städtischen Großprojekten aus.

Die Tendenz der durchgesetzten Anträge ist eindeutig auf mehr Transparenz der Partei ausgerichtet – gleichzeitig soll eine Politik näher am Bürger durchgesetzt werden.

Tim Sommer vom Ortsverein Mitte brachte die Problematik der Beschlüsse (organisatorisch keine Erneuerung der Partei, inhaltlich recht weitreichende Beschlüsse) auf seiner Internet-Seite mit folgendem Satz auf den Punkt: *„Interessant wird auch, wie die Parteispitze und insbesondere die Fraktion nun die Beschlüsse umsetzt.“* (Parteitag mit Inhalten und Verweigerung auf: www.timsommer.de)

Der Parteitag machte auch deutlich, dass die alte Riege der Wilhelmshavener SPD ausgedient hat. Bei den Anträgen zu den Statuten scheiterten die „Erneuerer“ denkbar knapp, bei den inhaltlichen Anträgen konnte sie beweisen, dass mit der Politik von Siegfried Neumann, Wilfried Adam, Eberhard Menzel (stellvertretend für ein gutes Drittel der Delegierten genannt) zukünftig in Wilhelmshaven kein Blumentopf zu gewinnen sein wird.

Doch was machen die alten Herren? Die Protokolle des Parteitags waren noch nicht geschrieben, da flatterte den beiden parteiinternen Kritikern Barbara Ober-Bloibaum und Karlheinz Föhlinger ein Einschreibebrief von der Fraktion ins Haus, in dem sie aufgefordert wurden, zu einer Anhörung am 29. Septem-

ber vor der Fraktion zu erscheinen. Ziel der Aktion: Ausschluss aus der Fraktion.

Klar ist, dass die beiden SPD-Ratsmitglieder der Anhörungs-Aufforderung nicht Folge leisteten.

Ziel: Rausschmiss

Innerhalb der SPD-Ratsfraktion schält sich eine Gruppe (Aljets, Gastmann, Will, Hartmann, Neumann) heraus, die nur ein Ziel hat: Raus mit Föhlinger und Ober-Bloibaum. Das Angebot des friesischen SPD-Landtagsabgeordneten Olaf Lies, als Moderator zwischen den beiden Gruppen im Stadtrat zu fungieren, wird von der Fraktion ignoriert – schließlich will man Föhlinger und Ober-Bloibaum raus haben. Denn die beiden haben sich der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht – sie haben es gewagt, gegen Wilfrid Adam anzutreten und Siegfried Neumann zu kritisieren.

Dass sich hier die Ratsfraktion verselbstständigt hat, wird durch den Beschluss des Kreisvorstandes vom 8. September deutlich, in dem die Ratsfraktion aufgefordert wurde, von Repressionsmaßnahmen gegen Barbara Ober-Bloibaum und Karlheinz Föhlinger abzusehen.

Föhlinger und Ober-Bloibaum haben wohl erst einmal bis zum November Ruhe – aber nach den Rats-Herbstferien will dem Vernehmen nach Siegfried Neumann dafür sorgen, dass die Kritiker rausgeschmissen werden. Wilfrid Adam soll schon über einen schriftlich fixierten Fahrplan zum Rausschmiss von Ober-Bloibaum und Föhlinger verfügen.

Die SPD-Geschäftsstelle (eigentlich ein Dienstleister für die Parteimitglieder) unter Leitung von Heino Janssen tendiert zur Unterstützung von Neumann und Co. – „der gewichtet seinen Job nicht ganz richtig und spielt die Bälle eher dem Siegfried Neumann zu“, hieß es dazu von einem SPD-Mitglied zur Rolle Heino Janssens.

Die Wilhelmshavener SPD (zumindest die Leute, die heute noch das Sagen in der Partei haben) erweist sich als lernresistent – das bewies auch die Kreisvorstandssitzung vom 25. September 2008. Anstatt sich mit den Forderungen der Basis auseinanderzusetzen, wird diese auf Antrag des Vorsitzenden Norbert Schmidt von der Sitzung ausgeschlossen.

Und hier geht es dann auch schon wieder um Personalien – wo käme die SPD auch hin, wenn sie nach einem Parteitag über Inhalte diskutieren würde? Die Parteitagsbeschlüsse werden auseinandergeplückt, werden personifiziert.

Es ist schon fast eine Tradition, dass wir die Artikel über die Wilhelmshavener SPD mit einem Zitat von Tim Sommers Internetseite (Leitsatz: *Wir brauchen die Herausforderung der jungen Generation, sonst würden uns die Füße einschlafen. Willy Brandt*) beschließen. Hier ein Auszug aus Tim Sommers Artikel zur Kreisvorstandssitzung:

Die vom Ortsverein Mitte gestellten Anträge des Parteitages wurden personenbezogen zerrissen. Zwar war weder der Kreisverbandsvorstand noch die Führungsriege in der Lage, eigene Anträge zu stellen, um die Partei fit für die Zukunft zu machen, dennoch kann man ja die aktiven Parteimitglieder abstrafen.

Derzeit versucht die Fraktion der SPD Wilhelmshaven, die beiden Fraktionsmitglieder Föhlinger und Ober-Bloibaum über ➤

Minicar Dirks

☎ 772211



Wir helfen mit, die Umwelt zu schonen:

Die Hälfte unseres Fuhrparks fährt auf Erdgas bzw. LPG.

Fortsetzung SPD-Parteitag

eine Anhörung aus der Fraktion zu werfen. Gegen meine Person soll angeblich ein Parteiausschlussverfahren angestrebt werden, um die Kritiker endlich mundtot zu machen.

Entgegen den Lippenbekenntnissen der Parteiführung soll es also auch in Zukunft nicht um Inhalte gehen, sondern um den reinen Machterhalt und das Ausschalten von kritischen Parteimitgliedern. Anstatt sich mit den inhaltlichen Anträgen des Parteitages zu befassen und diese schnellstmöglich in die Tat umzusetzen, bestach vor allem der SPD-Fraktionsvorsitzende Neumann, der sich auf dem Parteitag nur zu einem Antrag (Durchbau der Friedenstraße) zu Wort meldete, bei der Kreisverbandsvorstandssitzung durch Nörgelei. Wörtlich sprachen Beteiligte von einem "Tim-Sommer-Parteitag", ohne sich dabei bewusst zu sein, dass die Anträge, die ich begründet habe, vom Ortsverein Mitte gestellt wurden und bis auf zwei Ausnahmen (von 18 Anträgen!) alle die Mehrheit der Delegierten fanden!

Der Versuch der Kritiker, auf dem Parteitag inhaltliche Weichen zu stellen, ist zwar gelungen, dennoch schlägt die Parteiführung nun mit Mitteln zurück, die kaum mehr mit dem demokratischen Verständnis der SPD zu vereinbaren sind. Es scheint keinerlei Wille zu einer Beilegung der Streitigkeiten vorhanden zu sein. Vielmehr hat die Parteispitze die Schlagzahl erhöht und will nun augenscheinlich noch konsequenter die inhaltliche Auseinandersetzung verhindern. Das Ergebnis könnte die weitere und auch unheilbare Spaltung der SPD in Wilhelmshaven, verbunden mit weiteren Mitgliederverlusten, sein.

Positiv an der Kreisvorstandssitzung bleibt, dass ein Teil der konservativen Vorstandsmitglieder angekündigt hat, nicht mehr kandidieren zu wollen. Mal sehen, ob sich die Betroffenen beim nächsten Parteitag noch an ihre Ankündigungen erinnern...

Fazit: Es bleibt spannend in der Wilhelmshavener SPD – wie lange braucht die Wilhelmshavener Führungsriege, um der Partei bayerische Verhältnisse (18%) zu verschaffen? □

Roter Teppich für Klimakiller

Grundstein für Electrabel-Kohlekraftwerk gelegt

(hk) Am 19. September wurde der Grundstein für das Electrabel-Kraftwerk in Wilhelmshaven gelegt. Die Zeremonie fand in Gegenwart des Niedersächsischen Umweltministers Hans-Heinrich Sander und des Wilhelmshavener Oberbürgermeisters Eberhard Menzel statt.



Volksnah gab sich OB Menzel auf dem Wege zur Grundsteinlegung des Kohlekraftwerks der "Electrabel" auf dem Rüstersieler Groden am 19. September. Als er vor dem Schlagbaum zum Baugelände von zwei Dutzend mit Transparenten und Pappschildern bestückten BürgerInnen mit dem Lied "Der Steiger kommt" begrüßt wurde, entstieg er seiner Karosse und verkündete der Sangesgruppe, dass Joschka Fischer jetzt auch für Kohlekraftwerke sei. Durch Fischers neuerliche Selbsterfindung offenbar bestärkt, fasste er die Sachargumente der Kraftwerksgegner zu zwei Wörtern zusammen: "Alles Phrasen!" Anschließend hockte er sich - ohne das Echo abzuwarten - zurück in seinen Sitz, schlug die Tür zu und ließ seinen Chauffeur wieder anfahren... (jm)

Foto: Gegenwind

Gemeinsam mit Alfred Hofman, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Electrabel Deutschland, sowie Erik von Scholz, dem Vorstandsvorsitzenden der Electrabel Deutschland AG, schlugen sie die ersten Pfähle in den Sandboden des Rüstersieler Grodens. Nach vier Jahren Bauzeit und einer Investition von über einer Milliarde Euro wird das 800 MW-Kraftwerk im Jahr 2012 seinen Betrieb aufnehmen.

Aus diesem Anlass veröffentlichen wir den neuesten Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) zum Thema Klimawandel:

Nehmen Hitzewellen und Unwetter in Europa zu? Wie stark steigt der Meeresspiegel in Europa? Und wie beeinflusst der Klimawandel Menschen, Pflanzen und Tiere? Antworten gibt der Bericht "Impacts of Europe's changing climate – 2008 indicator based assessment", den die Europäische Umweltagentur [EEA] Anfang Oktober in Kopenhagen, Dänemark, vorstellte. So hat sich das Klima in Europa in den vergangenen Jahrzehnten erheblich verändert - und die Auswirkungen dieses Wandels zeigen sich immer klarer.

Ergebnisse neuester modellgestützter Projektionen lassen in Zukunft eine deutliche Verstärkung der Auswirkungen erwarten. Der Bericht beschreibt anhand von 40 Indikatoren, wie sich erhöhte Risiken für Flutereignisse und Trockenhei-

ten, Verluste der Biodiversität oder Gefahren für den Energiesektor auswirken. Der Bericht erstreckt sich auf zehn Bereiche wie menschliche Gesundheit, Energiewirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus, Verkehr oder Ökosysteme. "Wir sehen deutliche Warnsignale für alle Lebens- und Wirtschaftsbe-reiche", meint der Vizepräsident des Umweltbundesamtes, Dr. Thomas Holzmann, "auch bei der Bekämpfung des Klimawandels muss Europa zusammenwachsen."

Laut Bericht stieg die Temperatur in Europa seit Beginn der Industrialisierung um 1 Grad Celsius an, also stärker als der globale Durchschnitt von 0,8 Grad Celsius. Die Gletscher der Alpen verloren seit 1850 etwa zwei Drittel ihrer Eismasse. Seit den 1980er Jahren beschleunigt sich dieser Prozess. Steigende Temperaturen und Hitzewellen führen zu Gesundheitsproblemen; abschmelzende Gletscher können im Alpenraum die Wasserversorgung vor neue Herausforderungen stellen. Die EEA rechnet in den nächsten hundert Jahren mit einem weiteren Anstieg der Temperatur und mit verstärkten Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft.

Eine zunehmende Zahl von Naturkatastrophen – überwiegend verursacht durch Extremwetterereignisse – konfrontiert vor allem die Versicherungswirtschaft mit steigenden Schadenszahlen. Auch der Meeresspiegel an Europas Küsten steigt, das Artenspektrum der Europäischen Meere verändert sich und die Vegetationsperiode hat sich in weiten



Wie es sich gehört: Wenn ein Umweltminister den Grundstein für ein Kohlekraftwerk legt, muss auch ein anständiger roter Teppich ausgerollt werden. Umweltminister Sander: "Ich bekenne mich zu diesem modernen und hocheffizienten Kraftwerk. Jedes neue, das ans Netz geht, ist besser als jedes alte." (Foto Tjaden)

Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
VPV-Geschäftsstelle * Tel.: 04421/774543



VERSICHERUNGSGRUPPE



"Kohlekraft nein danke!" steht seit dem Tag der Electrabel-Grundsteinlegung auf dem Fußboden des Valoisplatzes und an mehreren Stellen in der Marktstraße. Damit protestiert Greenpeace gegen die Grundsteinlegung für den Bau eines Kohlekraftwerks von Electrabel durch Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP). Der Spruch wurde mittels "Clean-Graffiti" auf dem Fußboden des Platzes angebracht. Dabei wird der Bereich der Schrift gesäubert, so dass die Botschaft aus sauberer Fläche auf dem Bürgersteig zu lesen ist.

"Kohle zerstört das Klima, heutzutage dürfen keine neuen Kohlekraftwerke mehr gebaut werden, sonst schaffen wir die Klimaschutzziele der Bundesregierung nicht", fordert Danny Rimpl, Energie- und Klimaexperte der Greenpeace-Gruppe Wilhelmshaven. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, den jährlichen deutschen Treibhausgasausstoß bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. In Wilhelmshaven plant der Energieversorger Electrabel im Rüstereieler Groden ein 800 MW-Steinkohlekraftwerk, das mehr als 4,2 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr ausstoßen wird.

Foto: Dany Rimpl/Greenpeace

Teilen Europas bereits deutlich verlängert.

Zwar zeigt der Bericht auch positive Wirkungen des Klimawandels, zum Beispiel bessere Bedingungen für die Landwirtschaft und die Schifffahrt in nördlichen Regionen. Allerdings gibt es keinen Zweifel, dass die negativen Folgen überwiegen.

UBA Vize-Präsident Dr. Thomas Holzmann: "Die tiefgreifenden Auswirkungen der Klimaänderungen in Europa unterstreichen, wie wichtig

menzentums für Luft und Klimawandel [ETC/ACC] maßgeblich an der Erstellung beteiligt. □



Eine Gruppe Umweltschützer brachte anlässlich der Grundsteinlegung ihren Protest zum Ausdruck – angesichts der morgendlichen Stunde waren's gar nicht so wenig. Foto: ©gruppol635lhufenbach

es ist, die Klimagasemissionen weiter deutlich zu senken. Gleichzeitig müssen wir uns an die nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels anpassen".

Der Bericht basiert auf neuen wissenschaftlichen Publikationen und langjährigen Datenreihen wissenschaftlicher Beobachtungen in verschiedenen europäischen Staaten. Mögliche künftige Klimaänderungen und deren Auswirkungen werden anhand von Computermodellen projiziert.

Die Europäische Umweltagentur [EEA] veröffentlicht den Bericht gemeinsam mit dem Vereinigten Forschungszentrum der EU [JRC-IES], Ispra [Italien] und dem Regionalbüro für Europa der Weltgesundheitsorganisation [WHO] in Rom.

Das Umweltbundesamt [UBA] und die niederländische Umweltbehörde [PBL] waren – gemeinsam mit weiteren Institutionen – im Rahmen des Europäischen The-

KULTUR - KOMMUNIKATION

KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken - Parties - Konzerte

Freitag, 10.10.2008

KORTEX

ONE DAY IN JUNE

Freitag, 24.10.2008

JZ Point präsentiert
CHAINS IN PARADISE
The SkeP's
SPECKTRUM
SIREN BLEED

Freitag, 31.10.2008

BERLIN BOOM ORCHESTRA

Reggae--Ska--Dancehall

www.kling-klang-whv.de
eMail Newsletter bestellen und Gewinnen
www.myspace.com/klingklang

WWW.BASU-WHV.DE

„Dreckiger Sumpf“

Konzerne Kommunen Korruptionen

+++ KABEL report +++

Ein Bestseller, den die Wilhelmshavener Lobbyisten bis heute nicht verdaut haben, dessen Aktualität aber kaum zu übertreffen sein dürfte.

BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

Da ist er schon, der Klimawandel und er kommt mit mächtigen Schritten und greift so selbstverständlich in die öffentlichen Kassen, wie die Bankenkrise, die so völlig überraschend kam, so wie der Verlust der 17 Millionen T-Mobile Adressen, von dem man erst seit 2006 weiß - nicht Sie, nicht die Öffentlichkeit, sondern nur eingeweihte Mitglieder, die genau so gern hinter verschlossenen Türen tagen, wie die netten Berater der IFOK, einer „unabhängigen“ Organisation, die für Eon die Kohlekraftwerksgegner „weichkochen“ sollen und von Eon bezahlt werden. Ebenso wie die Glaubwürdigkeit dieser Berater, der Energiemonopolisten aber auch der Parteien, bröckeln die Protagonisten Stück für Stück weg - das Rezept: „Volksparteien und alles wird gut“ beginnt sich aufzulösen. Nervöse Politiker all around, aber

keine Ziele und Rezepte für die Zukunft. Ratlosigkeit, die darin mündet, dass man zunächst einmal die kleinen Parteien an den Rand des Kommunismus drängt, weil einem selbst Machthunger und „Wie gewinne ich die nächste Wahl“ wichtiger geworden sind, als das Eingeständnis von Fehlern? In Wilhelmshaven leben die Geister von Inhausersiel wieder auf, damals, als ein kleines Sieldorf starb, um dem „Fortschritt“ Platz zu machen, eine Zeit, in der mächtig vorgeträumt wurde. Kommt Ihnen dieser Krimi nicht irgendwie bekannt vor? **Toill!**

BASU

FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN

[BILDUNG | ARBEIT | SOZIALES UMWELT]

WWW.BASU-WHV.DE

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR!

Ratssplitter

**vom 17. September 2008
geschluckt von Imke Zwoch**

Langatmige Ausführungen unserer Ratsmitglieder, selten zielgerichtet, geprägt von Wiederholungen, Abschweifungen und Animositäten, sind ein Dauerbrenner unserer Ratssplitter. Diesmal waren alle Medienvertreter in der Pressecke kurz vorm Explodieren. Vom WZ-Kollegen Maik Michalski bekamen die Quasselstrippen in seinem Kommentar zur Ratssitzung ordentlich eines übergesammelt. Seine berechtigte Forderung nach Schmerzensgeld gilt auch für unsereins, die wir da ehrenamtlich hocken, und noch mehr für die BürgerInnen im Zuschauerraum.

Besser im Bilde

Neue Bildschirme sind jetzt oben im Zuschauerraum angebracht, auf denen die Anwesenden die Tagesordnung und Beratungspunkte im Blick behalten können. Baulich bedingt müssen sie sich dafür zwar ein wenig den Hals verrenken, trotzdem ist diese Serviceleistung der Verwaltung lobenswert. ☺

Wieder mal geheim

Gerangel gab es um die "Vermarktung und Bewirtschaftung von hafennahen Flächen am JadeWeserPort durch GGS / Firma Workcare". Auf Deutsch: Einrichtung und Betrieb eines Wohndorfes für die Arbeitskräfte der JadeWeserPort-Baustelle auf dem ehemaligen Campingplatz, den die Firma Workcare von der Stadt gepachtet hat. Mit einer Großen Anfrage wollte die CDU-Fraktion die Ungereimtheiten klären: Warum wurde die Verpachtung nicht öffentlich ausgeschrieben? Warum wurde bisher keine Pacht bezahlt? Warum hat nur die Firma ein Sonderkündigungsrecht und die Stadt nicht? Warum hat sich die Stadt verpflichtet, Konkurrenzanbieter der Firma in keiner Weise zu unterstützen? Warum ist Workcare berechtigt, die Fläche nur teilweise zu nutzen und auch nur dafür Pacht zu bezahlen? Fragen über Fragen. Doch, wie so oft, wurde dieses Thema in den nichtöffentlichen Teil verschoben, da "Einzelinteressen maßgeblich tangiert" seien. Ratscherr Tjaden schlug vor, zumindest die Fragen, die keine finanziellen Details betreffen, in öffentlicher Sitzung zu beantworten. Die Verwaltung räumte ein, dass diese Trennung durchaus möglich wäre. Trotzdem wurde Tjadens Antrag mit knapper Mehrheit abgelehnt. ☹

LKW raus aus Voslapp!

Höchste Zeit wird es für ein Verkehrskonzept für die Regelung des Lastwagenverkehrs im Stadtnorden. Denn schon jetzt, während der Bauphase für JadeWeserPort, Kraftwerke, Raffinerie und Ausbau der A29, beklagen die Anwohner ein spürbares Mehraufkommen an LKW-Verkehren, das in der späteren Betriebsphase noch zunehmen wird.

Offiziell sollen die Brummis zwar die Straße am Seedeich benutzen, um zu den Baustellen zu gelangen, aber Zeit ist Geld und Navigationssysteme kennen zwar die kürzeste, aber nicht die zugelassene Strecke. So brummt es dann lautstark mitten durch die Wohnsiedlungen oder auch mal zum Bäcker nach FGroden.

Ratscherr Tjaden fordert (eigentlich schon seit 2001) ein entsprechendes Lenkungskonzept, Hinweisschilder und Kontrollen. Bis zu dieser Ratssitzung hatte er keine Antwort erhalten und rechnete nun damit, dass der OB bzw. Stadtbaurat Kottek jetzt einen fertigen Entwurf aus der Tasche zaubern würde. Mit seiner Kritik stand er nicht allein da. Ratscherr Harms (CDU) hatte unlängst Stadtbaurat Kottek zur Bürgersprechstunde des Ortsvereins eingeladen, um über das Konzept zu informieren – kurzfristig gab es eine Absage; es wurde, sinngemäß, über einen "Maulkorberlass" gemunkelt. Der OB entgegnete, Kottek habe vor Ort nicht über das Konzept sprechen sollen, ehe es im Rat behandelt worden ist. Ratscherr Barkowsky forderte zusätzlich auch eine Verkehrsberuhigung. CDU-Sprecher Reuter: "Die Verwaltung könnte zumindest verraten, ob es ein Konzept gibt oder nicht."

Schließlich durfte Kottek das Geheimnis lüften: Ja, es gäbe ein Verkehrskonzept, für die gesamte Stadt. Dort sei u. a. auch vorgesehen, dass die LKW in Höhe Uterser Landstraße Richtung Deich abbiegen, was entsprechend ausgeschildert sei. Tjaden stellte fest, die Schilder an der Flutstraße seien nicht neu, die hätten schon früher dort gestanden. Menzel vertrat die Ansicht, die Polizei sei dafür zuständig, die Einhaltung der Verkehrsführung zu überwachen. Zudem sollten an der A29 Vorwegweiser installiert werden, um den Verkehr zu lenken. Ratsfrau Bauermeister (FDP) hatte schließlich genug von dem "Eiertanz" und forderte: "Her mit dem Konzept und gut!" SPD-Sprecher Neumann beantragte, das Thema zunächst im Bauausschuss zu behandeln, was mehrheitlich angenommen wurde.

Geh doch nach drüben ...

Seit langem fordert die LAW einen Shuttlebus, der nach der Schließung des Geniusstrandes (jetzt Baustelle JadeWeserPort) Badegäste aus Wilhelmshaven kostenlos zum Hooksier Strand befördert. LAW-Ratscherr Johann Janssen überreichte jetzt dem OB 1.200 Unterschriften von UnterstützerInnen der Forderung, verbunden mit einem konkreten Beschlussantrag. Ratscherr Weerda meinte, das Unternehmen WeserEmsBus würde bereits eine passende Verbindung anbieten – allerdings nicht kostenlos: "Wir leben nicht in der DDR, wo man alles umsonst bekam!" Autsch! ☹ Was als Seitenhieb gegen Janssen gemeint war, lässt sich auch als Eigentor werten: In der DDR war bekanntlich nicht alles Gold, aber die (zwar nicht kostenlose, aber kostengünstige) Grundversorgung (Wohnung, Grundnahrungsmittel oder auch ÖPNV) in der DDR gehört nun gerade zu den Errungenschaften, von denen sich die damalige und heutige BRD als selbsternannter Sozialstaat einiges hätte abgucken können.

Für Ratscherr Adam (SPD) ist das Freibad Nord eine ausreichende Alternative zum verlorenen Geniusstrand. Das Freibad wird jetzt von privater Hand (mit städtischer Unterstützung) betrieben, und Adam fand es dem Betreiber gegenüber gemein, vor dem Freibad

Unterschriften für einen Shuttle nach Hooksier zu sammeln. Janssen bezweifelte, ob ein Freibad und ein Sandstrand wirklich in Konkurrenz zueinander stehen.

Ratscherr Hartmann (SPD, Verfechter einer künstlichen Badelagune am Südstrand) sagte, "natürlich" (?) werde er den Shuttle-Antrag ablehnen, aber andererseits hielte er "Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wie im Naturschutz" auch hier für angemessen, denn die Lebensqualität sei nun eingeschränkt – abgesehen vom Verlust des Geniusstrandes seien auch die Bademöglichkeiten am Südstrand und am Banter See unzureichend und verbesserungswürdig. Für Reuter scheitert der kostenlose Shuttle an den Finanzierungsmöglichkeiten – die Stadtwerke bezuschussen bereits das Freibad mit 250.000 Euro jährlich. Da haben sie alle wieder nicht richtig zugehört: Die LAW hatte beantragt, mit den Betreibern des JadeWeserPorts, die ja vom Wegfall des Strandes profitieren, über die Einrichtung des Shuttles zu verhandeln. Von einer städtischen Finanzierung war nicht die Rede. Tjaden räumte ein, man hätte schon beim Erörterungstermin einen entsprechenden Ausgleich für verlorene Freizeitwerte fordern können. Janssen hatte den Eindruck, der Antrag würde im Rat nicht ernst genommen. Jedenfalls wurde er mehrheitlich abgelehnt. ☹

..und nimm die Armen gleich mit

Sichtlich nicht ernst genommen wurde der LAW-Antrag, endlich die Kosten der Unterkunft (KdU) für Hartz-IV-EmpfängerInnen in angemessener Höhe zu übernehmen. Die Stadt setzt hier nämlich eigene Maßstäbe an, und so lange die Betroffenen nicht vor Gericht ziehen, müssen sie aus ihrem Regelsatz (für Lebensmittel usw.) noch etwas abzwacken, um die Mietkosten beglichen zu können. Im Falle einer Klage erhalten sie aber vom Sozialgericht Oldenburg immer Recht und bekommen die KdU nach Wohngeldtabelle plus 10% zugesprochen. Während Ratscherr Janssen dieses Anliegen Tausender betroffener MitbürgerInnen engagiert und ausführlich vortrug, verließen der OB und andere Ratsleute ihren Platz und oder zeigten sich anderweitig desinteressiert. ☹ Als Erster meldete sich Ratscherr Reese (SPD) zu Wort: Etwa 10.000 Menschen in Wilhelmshaven seien auf Transferleistungen angewiesen – wahrlich "kein Ruhmesblatt". Janssens Forderung sei "populär" (?), aber "seriös". Man müsse sich damit auseinandersetzen und "intensive Ermittlungen" anstellen. Die Urteile der Sozialgerichte würden in dieser Hinsicht sehr unterschiedlich ausfallen. Schließlich handele es um ein "nicht so einfaches Klientel". (Hä?) Er plädierte dafür, den Antrag an den Sozialausschuss zu verweisen und die Gerichtsurteile abzuwarten.

Für CDU-Ratscherr Felbier wäre die Übernahme der Mehrkosten eine "zusätzliche freiwillige Leistung der Stadt". Nach Auskunft von Sozialdezernent Stoffers wendet die Stadt jährlich 24 Mio Euro für die KdU auf, zwei Drittel davon zahlt der Bund. Durch die Forderung der LAW würde der Aufwand um 3 Mio Euro steigen. Die Stadt müsse aber "sorgfältig mit ihren Haushaltsmitteln umgehen". Das Bundessozialgericht würde die Auffassung der Verwaltung bestätigen, dass die Anwendung der Wohngeldtabelle nicht zulässig und ein qualifizierter Mietspiegel nicht erforderlich sei. Der beziehe sich auf den vermieteten Wohnraum, in WHV müsse man aber die

zahlreichen Leerstände berücksichtigen. (In der Realität wirken sich die Leerstände nicht dämpfend auf die geforderten Mietpreise aus; und langjährig leerstehende Wohnungen sind oft gar nicht mehr bewohnbar). Stoffers' Fazit: "Eine Beschlussfassung über den Antrag wäre somit rechtswidrig – dann könnte einer in eine Luxuswohnung umziehen und wir müssten bezahlen". Damit bediente er die schlimmsten Vorurteile über "Sozialschmarotzer", wie sie auch die BILD-Zeitung regelmäßig verbreitet. ☺

Werner Biehl (Grüne) wandte sich an Janssen: "Ich ziehe den Hut vor deiner Lobbyarbeit." Aber rechtlich sei die Materie "völlig unüberblickbar", und was sei "angemessen"? Im Ergebnis sei er "stinksauer" auf Janssen, dass der das Thema regelmäßig wieder auf die Tagesordnung bringt. Aaaah-ja! ☺

Tjaden plädierte zwar auch dafür, die Beratung im Sozialausschuss und die Gerichtsurteile abzuwarten. Trotzdem müsse man sich wohl Gedanken machen, wo die entsprechenden Haushaltsmittel herkommen sollen, wenn das Bundessozialgericht zu Gunsten der Betroffenen urteilt. Der LAW-Antrag wurde bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung an den Sozialausschuss verwiesen.

Alles zu seiner Zeit

Die FDP beantragte, die Haushaltsberatungen für 2009 so früh wie möglich anzusetzen, um schon zum Jahresanfang einen genehmigungsfähigen Haushalt zu haben. Daran entspann sich eine langwierige Debatte (um was eigentlich?), in der jede/r das sagte, was vorher schon mindestens einmal gesagt worden war, ohne dass es noch etwas mit dem Antrag zu tun hatte. Irgendwann haute Ratsherr Weerda auf den Tisch: "Ich hab keine Lust mehr! Was hier abläuft, hat nichts mehr mit der Sache zu tun!" So tief sei das Niveau in seinen 21 Jahren im Rat noch nie gesunken. Gut gebrüllt, Fury. ☺

Thema war unter anderem der Einbruch der Gewerbesteuer um 10 Mio Euro, der nach Tjaden Erinnerung nicht so unerwartet kam, wie unlängst beklagt wurde. Bereits 2007, als die Einnahmen aus dieser Steuer noch bei 31 Mio Euro lagen, wurde für 2009 ein Voranschlag von nur noch 20,9 Mio vorgelegt.

Die Verwaltung warnte vor Schnellschüssen: Im November könne man noch keine verantwortlichen Zahlen vorlegen; auch reiche ein Haushaltsplan allein ohne ein Sicherungskonzept nicht aus. Nachdem alle, die sich für kompetent hielten, noch ihren Senf dazugegeben hatten, ließ sich die Mehrheit von der Verwaltung überzeugen und lehnte den FDP-Antrag ab.

Freundliche Vorführung

Der Rat hatte im Mai beschlossen, einen Rechnungsprüfungsausschuss einzurichten. Die FDP forderte jetzt die Umsetzung ein. Dazu gab es eine bemerkenswerte Ansage vom neuen Leiter des Rechnungsprüfungsamtes (RPA), Herrn Weiß: Nach seiner Einschätzung ist ein weiterer Ausschuss als Schnittstelle zwischen Rat und RPA gar nicht erforderlich. Das RPA, so Weiß, "ist ein Hilfsorgan des Rates und nicht etwa ein Blinddarmfortsatz der Verwaltung. Das Rechnungsprüfungsamt übernimmt einen großen Teil Ihrer Aufgaben – das wird nur nicht wahrgenommen." Als neuer Amtsleiter hatte er dem Rat ein 40seitiges Dossier zur zukünftigen Zusammen-

arbeit vorgelegt: "Dieses Angebot des neuen Leiters sollten Sie auch wahrnehmen, die vorhandene Kommunikationsplattform muss auch gelebt werden." Erwischt – vermutlich hat kaum ein Ratsmitglied sein Dossier gelesen, und so galt die Devise "wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ' ich einen Arbeitskreis" resp. Ausschuss. Letzteres hat Weiß aber nicht gesagt, sondern die Fakten so sachlich und eloquent auf den Tisch gelegt, dass sich niemand boshaft vorgeführt fühlen musste. ☺ So regte sich auch kein Widerspruch – das Angebot des Amtsleiters wurde angenommen und damit der Antrag der FDP, wenn auch knapp, mehrheitlich abgelehnt.

Mogelpackung

Der Autoverleih Sixt erhält im Gewerbegebiet Groß Belt eine zusätzliche Abstellfläche für Fahrzeuge – "auf einem Gebiet, das anders geplant wurde", so Ratsherr Rech (CDU). Das trifft den ziemlich harten Kern der Sache nicht ganz: Im ursprünglichen Bebauungsplan ist die Fläche, die jetzt Parkplatz wird, als Kompensationsfläche für den Naturschutz festgelegt. Zum Ausgleich für die Überbauung der früheren Hofwurt Groß Belt wurden dort Maßnahmen zum Erhalt von Natur und Landschaft umgesetzt. Kaum sind sie umgesetzt, schon wird die Fläche wieder plattgemacht und an ganz anderer Stelle kompensiert. Aus Sicht der Natur geht diese Rechnung aber nicht auf: Vom Grundsatz her müsste die neuerliche Kompensationsfläche doppelt so groß sein, denn sowohl für die ursprünglich überbaute Fläche als auch für die jetzige Inanspruchnahme muss Ersatz geschaffen werden, damit der Naturhaushalt stimmt. Diese nachträgliche Inanspruchnahme von Kompensationsflächen macht derzeit (schlechte) Schule, nicht nur in Wilhelmshaven. So mogelt man sich nach und nach aus der Naturschutzgesetzgebung heraus, das ökologische Bewusstsein weicht einer lästigen Pflichterfüllung, und nicht mal die Grünen erheben Einspruch. ☺

Nicht zeitgemäß

Einspruch erhob die FDP gegen die Ausweisung eines neuen Baugebietes in Sengwarden. Es sei "kontraproduktiv und unsinnig, bei der derzeitigen demografischen Entwicklung weitere Baugebiete auszuweisen". Es ist wirklich Unfug, am Stadtrand weitere Flächen für Immobilien zu versiegeln, während in der Innenstadt die Leerstände gähnen und die Bevölkerung schrumpft. Der FDP bereitet aber nicht die Naturzerstörung das Bauchweh, sondern die teure Infrastruktur, die ein Baugebiet nach sich zieht – deswegen gäbe es dazu auch Grundsatzbeschlüsse. Die Mehrheit hielt sich nicht daran und stimmte für das neue Baugebiet.

Monokultur

In absehbarer Zeit (frühestens 2012) soll die Zahl der öffentlichen Gymnasien in der Stadt von ursprünglich drei, jetzt zwei, auf eines schrumpfen. Der endgültige Standort – ob Käthe-Kollwitz-Gymnasium oder Gymnasium am Mühlenweg – ist aber noch offen. Bereits 2008 sollen die beiden katholischen Grundschulen in Altengroden zusammengelegt werden. Allerdings soll, so wurde jetzt beschlossen, zunächst eine neue Heimat für den "Außerschulischen Lernort" gefunden werden, der bislang dort untergebracht ist. ☐

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Das MüZe-Café

Ein offener
Treffpunkt
für Menschen
jeden Alters!!!

Suchen Sie Kontakt oder
hilfreiche Gespräche?

Wollen Sie Sich mit Freunden oder mit
Ihrer Krabbelgruppe zum Frühstück
treffen und die Kinder gut versorgt
wissen?

Haben Sie ein Einzelkind und suchen
Kontakte zu anderen Kindern?

Sie können in Ruhe klönen und ihre Kin-
der sich im nahe gelegenen Spielzimmer
oder bei gutem Wetter draußen
austoben.

Gehören Sie der älteren Generation an
und freuen sich, von Kindern
umgeben zu sein, dann sind auch sie bei
uns richtig!

Wir sind von Montag bis Freitag von
9.00 Uhr bis 12.30 Uhr und
Mittwochs von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr
mit selbstgebackenem Kuchen
für Sie da.

Öffnungszeiten

Café MüZe:

Montag bis Freitag

von 9.00 Uhr bis 12.30 Uhr

Mittwochs

von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Von wegen unsichtbar

Lust und Liebe sind auch mit "50 plus" noch Thema

(iz) Wenn Teenager über eine "Gammelfleischparty" lästern, dann geht es nicht etwa um abgelaufenes Grillgut, sondern eine Feier mit Leuten über 30. Für die ältere Generation ist dieser überzogene Jugendkult weniger lustig, sondern belastend, wie die Beratungsstellen von Pro Familia in Niedersachsen wissen. Umso besser, dass jetzt auch die Wilhelmshavener Arbeitsgemeinschaft "Frauen und Gesundheit" das Thema "Lebenslust mit 50 plus" aufgriff.

Einen hervorragenden Einstieg lieferte Silke Wendland, Koordinatorin des neuen niedersächsischen pro-familia-Projektes "Liebe, Lust und Alterwerden", mit ihrem Vortrag "Von wegen unsichtbar". Die Beratungsstellen verzeichnen eine steigende Zahl von "älteren" Menschen (gemeint sind über 50-Jährige), die Probleme damit haben, als freud- und geschlechtslose Wesen abgestempelt zu werden. Aus diesem Anlass wurden spezielle Programme zu diesem Thema aufgelegt und MitarbeiterInnen entsprechend geschult. Doch "die Expertinnen sind SIE!", verriet Wendland den schätzungsweise etwa 80 Frauen, die zu dem Vortrag im "Treff auf Siebethsburg" gekommen waren.

Zunächst zeigte Wendland Fotos von Frauen zwischen 50 und (geschätzt) über 80 Jahren, jeweils kombiniert mit einer kurzen Frage: "Zu alt zum Flirten? Sexy? Attraktiv genug?" Vereinzelt kam ein ablehnendes "nein!" aus dem Publikum, doch überwiegend ein nachdenklich-beredtes Schweigen. Sofort kam frau ins Grübeln: Ist das jetzt meine persönliche Meinung? Oder reproduziere ich hier gesellschaftlich zementierte Bilder? Spätestens jetzt waren die Zuhörerinnen mittendrin und offen für die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, die Wendland kurz und prägnant vorstellte.

Laut der Studie eines Kosmetikunternehmens, wie Frauen über 50 wahrgenommen werden, sagten von den Befragten "nicht sexy": 74% / "nicht schön": 64% / "flirten weniger / haben weniger Sex als Jüngere": 45%.

"Harter Tobak!", fasste die Referentin zusammen. Untermauert wurde das durch Fotos von Iris Berben (58) und Hannelore Elsner (66), die gemeinhin als sehr attraktiv empfunden werden – und zwar nicht deshalb, weil sie die schöne Ausstrahlung ihres Alters besitzen, sondern weil sie deutlich jünger wirken als sie sind. Männer fortgeschrittenen Alters wie Sky Dumont oder Mario Adorf gelten hingegen gerade durch ihre Falten und grauen Schläfen als besonders sexy. Und wenn sie dann noch deutlich jüngere Partnerinnen haben, ist das ein Zeichen für ihre Vitalität. Haben ältere Frauen junge Liebhaber, so ist das "auffällig" oder "peinlich".

Gesellschaftliche Überzeugungen

Sex gilt bei uns als Privileg der Jugend, älter werden als Abbau- und Krankheitsprozess. Das Begehren nimmt vermeintlich mit dem Alter ab. Speziell bei Frauen scheinen sexuelle Funktionen an die Fruchtbarkeit gebunden zu sein. Ist sie nicht mehr fruchtbar, dann ist sie auch nicht begehrenswert. Die Wechseljahre gelten als "hormonelle Mangelkrankheit".

Selbstwahrnehmung

Eine EMNID-Umfrage vom März 2008 unter 500 Frauen zwischen 50 und 65 Jahren

wirft das Bild von der lustlosen Älteren endgültig über den Haufen. Von den Befragten fühlen sich

- 49% attraktiver, 38% verführerischer, 34% sinnlicher als mit 30.
- 90% haben (im Unterschied zu jüngeren Jahren) eine genaue Kenntnis ihres Körpers,
- 38% flirten gern,
- 92% haben mehr Selbstbewusstsein als früher,
- 52% haben mehr Genuss beim Sex.
- 42% empfinden eine gesellschaftliche Missbilligung dieser ihrer Gefühle und Bedürfnisse!

Der Trieb kennt kein Alter

Auch wissenschaftliche Erkenntnisse führen die herrschenden Vorurteile ad absurdum: Sexualität ist ein menschliches Grundbedürfnis, von der Geburt bis zum Tod. Die Lustgefühle halten zeitlebens an. Und: Die Sexualfunktionen altern im Vergleich zu anderen Körperfunktionen sehr langsam! Untersuchungen speziell zum weiblichen Geschlecht ergaben:

- Die Fähigkeit zum Sex nimmt durch die Wechseljahre NICHT ab.
- Frauen sind von Störungen der Sexualorgane weniger betroffen als Männer.
- Frauen sind bis ins hohe Alter erregbar und orgasmusfähig.

Wunsch und Wirklichkeit

Eine andere Umfrage unter gut 500 deutschen Frauen zwischen 50 und 70 zeigte allerdings, dass deren Lebenswirklichkeit von den vorgenannten Bedürfnissen und Möglichkeiten stark abweicht. Der Wunsch nach sexueller Aktivität ist deutlich größer als die tatsächlich gelebte Sexualität: Von den 50-55-Jährigen haben 25% gar keinen Sex mehr, bei den 65-70-Jährigen sind es gar 66%.

Die Gründe für diese Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit sind vielfältig. Zunächst kann es im Alter körperliche und seelische Erkrankungen geben, die das Lustempfinden beeinträchtigen. Hinzu kommen sexuelle Erfahrungen, die die individuelle Einstellung beeinflussen. Für Frauen, die vor dem Beginn der sexuellen Befreiung inklusive gezielter Verhütung in den 1960er Jahren ihre ersten sexuellen Erfahrungen machten, kann Sex immer noch angst- und schambehaftet sein. Das Gleiche gilt natürlich bei schlechten Erfahrungen (Gewalt, Schmerz). Ausschlaggebend ist auch die partnerschaftliche Situation. Im Schnitt sterben Männer früher als Frauen, so dass es unter Älteren mehr alleinlebende Frauen gibt bzw. mit fortschreitendem Alter die Auswahl an möglichen neuen Partnern abnimmt. Hinzu kommt, dass Frauen von ihrem Mann/Partner verlassen werden wegen einer Jüngerin (die – vermeintlich – attraktiver ist bzw. den Mann attraktiver er-

scheinen lässt). Da bedarf es freilich einer intensiven Auseinandersetzung mit sich selbst, diese Demütigung abzuschütteln und ein "jetzt-erst-recht!"-Selbstbewusstsein neu aufzubauen.

In diesem Zusammenhang war es sehr erfrischend, dass die Referentin und auch die Teilnehmerinnen die Diskussion nicht auf heterosexuelle Bindungen beschränkten, sondern auch Lust und Liebe zwischen Frauen einbezogen, wie auch die Möglichkeit, mit sich selbst Zärtlichkeit und Erotik auszuleben.

"Frauen sind sich oft selbst die größten Feinde", meinte eine Teilnehmerin. In der Tat werden gesellschaftliche Grundhaltungen durch jede/n Einzelne/n geprägt, und so ist es auch an den Frauen, ihre eigenen Einstellungen und deren Herkunft zu überdenken und in jeder Situation laut auszusprechen, was sie als falsch, ungerecht oder diskriminierend empfinden und damit auch dem männlich geprägten Frauen-Bild etwas entgegenzusetzen.

"Werden Sie sichtbar, seien Sie Vorbilder!", lautete der abschließende Appell der Referentin. "Sex ist viel mehr als Geschlechtsverkehr – Sex ist, was wir daraus machen!", fasste sie zusammen und ermunterte dazu, über das Thema zu sprechen und sich bei Problemen auch Beratung zu holen – in jedem Alter. Im Saal und beim Pausengetränk festigte sich das Gefühl, dass der Vortrag die Anwesenden wirklich aufgerüttelt hatte und sie sich auch über diesen Abend hinaus mit dem Thema beschäftigen werden.

Eine andere Form der Auseinandersetzung mit dem Thema "Lebenslust ab 50+" bot ein Kabarettprogramm mit Liedern von Mascha Kaléko und Friedhelm Kändler, vorgetragen von Angelika Heinich (Klavierbegleitung: Manfred Szobries). Als Frau um die 50 sitzt Heinich in einer Bar und hadert mit sich und dem Leben. Ist sie auf der Suche nach der großen Liebe – oder nach sich selbst, oder bedingt eins das andere? Dabei lässt sie die ganze Bandbreite der Gefühle zwischen bitterem Selbstzweifel und feiner Selbstironie spielen, die sich in ihrem Publikum widerspiegeln. Einen weiteren kulturellen Beitrag zum Thema lieferte die Kinovorführung von "Elsa und Fred", der Liebesgeschichte zweier Menschen über 70.

Der Arbeitsgemeinschaft "Frauen und Gesundheit" ist zu danken für diese und kommende Veranstaltungsreihen, die dazu beitragen, die individuelle und gesellschaftliche Entwicklung von Frauen in unserer Stadt in Bewegung zu bringen. □



Regelsätze vor Gericht

Erstmalig seit dem Bestehen von Hartz IV interessiert sich ein Gericht für die Auswirkungen dieses Gesetzes auf Kinder

(noa) In ihrer ersten Monatsversammlung nach der Sommerpause am 9. September wollte sich die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland (ALI) mit den zum 01.01.2009 geplanten Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik beschäftigen. Aus aktuellem Anlass kam es anders.

Ernst Taux berichtete über einen Beschluss des Hessischen Landessozialgerichts (LSG) vom 11. August (Az. 26AS336/07) in einem zweitinstanzlichen Verfahren einer dreiköpfigen Familie, nach deren Vortrag die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II zu niedrig sind. Mit Sicherheit finden fast alle Betroffenen die Regelsätze zu niedrig. (Um 351 Euro für eine Einzelperson zuviel zu finden, dafür muss man schon Wirtschaftspraxis in Chemnitz sein.) Doch wer kommt schon auf den Gedanken, deswegen die zuständige ARGE zu verklagen?

In der ersten Instanz vor dem Sozialgericht Kassel sind die Kläger, eine dreiköpfige Familie, erfolglos geblieben – mit welcher Begründung, können wir nicht herausfinden, denn das entsprechende Urteil ist nicht bei www.tacheles-sozialhilfe.de dokumentiert, und das Sozialgericht Kassel veröffentlicht seine Entscheidungen leider auch nicht auf seiner Homepage.

Die klagende Familie hat jedenfalls Berufung eingelegt, und das Berufungsgericht, das Hessische LSG, hat beschlossen: *„Es soll Beweis erhoben werden über die Frage der Sicherung des Lebensunterhalts durch die Regelleistungen gem. §§ 20, 22 Sozialgesetzbuch – Zweites Buch: Grundsicherung für Arbeitssuchende – SGB II- (...) durch Einholung zweier sozialökonomischer Sachverständigengutachten auf der Basis mikroökonomischer Datenanalyse.“* Als Sachverständige sollen Dr. Rudolf Martens, Leiter der Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, und Dr. Irene Becker vom Projekt „Soziale Gerechtigkeit“ der Universität

Frankfurt/Main siebzehn Beweisfragen beantworten.

Wie der Gesetzgeber die in § 20 Abs. 1 SGB II bezeichneten Bedarfe ermittelt, ob die zu diesem Zweck gewählte Methode geeignet ist und folgerichtig angewandt wird, ob Kinder im Zusammenhang zu den Regelsätzen als eigenständige Bevölkerungsgruppe wahrgenommen werden, das z.B. will das Hessische LSG von den Sachverständigen wissen. Weiter fragt es, ob die Bedarfsermittlung auf Grundlage der untersten Einkommensgruppe der Alleinstehenden stattfindet, welche Merkmale diese Gruppe hinsichtlich ihrer Zusammensetzung sowie der Zusammensetzung ihres Bedarfs aufweist, ob diese Gruppe nicht hauptsächlich aus RentnerInnen besteht, wie groß diese Gruppe ist und wie sich deren Bedarfe von denen der Kläger (also einer Familie) unterscheiden. Die Antworten auf diese Fragen werden äußerst wichtig sein, denn Rentner und Rentnerinnen benötigen eher selten Schulranzen, Hefte und Radiergummis, sie wachsen auch nicht so schnell aus ihrer Kleidung heraus – Kinder schon erheblich häufiger, doch in deren Regelsatz sind diese Dinge nicht eingeplant. So sind die nächsten Fragen folgerichtig, in welcher Höhe der Unterschied des Bedarfs zwischen der unteren Einkommensgruppe und einer Familie zu beziffern ist und ob dieser Unterschied durch die Vorteile des gemeinsamen Wirtschaftens in einer Familie ausgeglichen werden kann.

Auf die Tatsache, dass die Bedarfsermittlung für Arbeitslose nur alle vier Jahre stattfindet, hebt offenbar die Frage danach ab, wann

und für welchen Zeitraum die erste Berechnung vorgenommen wurde und ob sie noch zutreffend ist. Und besonders spannend wird es sein, was bei der Frage herauskommt, ob die existenzminimalen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen zutreffend ermittelt wurden, wie stark diese Bedarfe vom Regelsatz abweichen und ob der Grundsatz der „familiengerechten Leistungen“ eingehalten wird.

Die nächsten Fragen deuten darauf hin, dass die Klage der bewussten Familie sich gegen die Benachteiligung von Familien gegenüber Alleinstehenden bezogen haben könnte: Das Gericht will wissen, ob der Regelsatz für die soziale Teilhabe einer Familie ausreicht und ob und in welcher Höhe eine Benachteiligung gegenüber Einzelpersonen besteht, und dann wird es noch deutlicher: Da wird gefragt, welche bildungsrelevanten Bedarfe von Kindern berücksichtigt und welche nicht berücksichtigt sind.

Wir haben im Gegenwind 226 über die Broschüre „Reiches Land - arme Kinder“ berichtet, in der genau aufgeschlüsselt ist, wie wenig sich ein Kind vom Regelsatz z.B. an Büchern leisten kann – die Antwort auf diese Fragen des Gerichts wird aufschlussreich sein.

In einer weiteren Frage bezieht sich das Hessische LSG auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das Kindern das Recht auf Mitgliedschaft in Vereinen, auf die Möglichkeit zur Begegnung, auf die Anwendung moderner Kommunikationstechnik u.v.m. zuspricht – ob diese Bedarfe durch den Hartz IV-Regelsatz gedeckt werden können oder ob die Deckung dieser kulturellen Bedarfe als defizitär zu bezeichnen ist und welche Auswirkungen auf die Lern- und Bildungsfähigkeit des Nachwuchses zu befürchten sind, ob konkrete Indikatoren sozialer Ausgrenzung für Kinder und Heranwachsende existieren – all das wissen die betroffenen Familien natürlich schon längst, aber nun wird das von Sachverständigen für ein Gericht genau nachgewiesen werden. Wir sind gespannt auf die Antworten! □

Höchstgrenzen vor Gericht

Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen will allerhand von der Stadt Wilhelmshaven wissen

(noa) Ziemlich besorgt wirkte Werner Ahrens auf der September-Versammlung der ALI, als er über das Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) zu den Kosten der Unterkunft sprach.

BSG-Urteile werden immer erst viele Wochen nach ihrer Verkündung veröffentlicht, und so ist es für die, die auf ein solches Urteil hoffen, immer etwas nervenaufreibend, bis es endlich schriftlich vorliegt. Am 18. Juni schon ist dieses Urteil ergangen, aber erst im September geschrieben worden. Und für alle, die sich auf die Beschlüsse und Urteile des Sozialgerichts Oldenburg – Kosten der Unterkunft werden bis zur Höhe der Werte aus der rechten Spalte der Wohngeldtabelle plus 10 % zugesprochen – mittlerweile fest eingerichtet hatten, beinhaltet es zunächst mal eine Enttäuschung:

Die Wohngeldtabelle ist, so steht es jetzt fest, nicht der Maßstab für die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft für Menschen, die Leistungen nach Hartz IV beziehen. Wenn

kein qualifizierter Mietspiegel vorliegt, so der Spruch des BSG, dann tun es auch andere Ermittlungen der zahlungspflichtigen Kommune.

Wahrscheinlich hat Wilhelmshavens Stadtverwaltung erst einmal frohlockt, als sie von diesem Urteil hörte, hat sie doch aufgrund ihrer eigenen Ermittlungen Mietobergrenzen festgelegt, die weit unter dem liegen, was das Sozialgericht denen, die geklagt haben, als Anspruch zuerkannte.

Wie im letzten Gegenwind angekündigt, hat LAW-Ratsherr Johann Janssen in der Ratssitzung am 17. September den Antrag gestellt, dass diese Miethöchstgrenze ersatzlos aufgegeben wird. Zahlreiche Langzeitarbeitslose, die ihre Miete eben nur bis zu dieser Höchstgrenze erstattet bekommen und des-

halb ihren Regelsatz nicht voll für den Lebensunterhalt einsetzen können, beweisen nach Ansicht der LAW, dass die in Wilhelmshaven geltenden Höchstwerte unangemessen sind.

Wie erwartet, ist Janssens Antrag nicht angenommen worden. Mit überwältigender Mehrheit hat der Rat das Thema mal wieder an den Sozialausschuss verwiesen, der sich schon einmal damit befasst hatte, damals aber beschlossen hatte, zwei Ereignisse abzuwarten: Die Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission, die am 30. September tagen sollte und sich mit den Kosten der Unterkunft befassen wollte, und eine Entscheidung des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen, von der noch niemand wusste, wie lange sie noch auf sich warten lassen würde.

Eingedenk der bekanntermaßen angespannten Finanzlage Wilhelmshavens und ihrer sattsam bekannten Vorliebe, das knappe Geld in die Anbahnung von industriellen Großprojekten zu stecken, hatte in der LAW niemand damit gerechnet, dass Janssens Antrag breite Zustimmung finden würde. So heftig, wie es dann aber kam, hatte man es bei der LAW dann doch nicht erwartet. Uwe Reese (SPD) sprach davon, dass bei einem ►

Fortsetzung "Höchstgrenzen vor Gericht"

Verzicht auf Miethöchstgrenzen die Arbeitslosen in Luxuswohnungen ziehen würden, und Werner Biehl (Bündnis 90/Die Grünen) sagte seinem Ratskollegen sogar, dass er zwar einerseits dessen "Lobbyarbeit für seine Klientel" bewundere, andererseits aber wütend auf ihn sei, dass er den Rat zwingt, sich immer wieder damit auseinanderzusetzen.

Ob und mit welchem Ergebnis die Bund-Länder-Kommission am 30.09. tatsächlich getagt hat, konnten wir nicht herausfinden. Das Landessozialgericht aber war tätig. Es hat einen Brief nach Wilhelmshaven geschickt, bei dessen Lektüre das (mutmaßliche) Frohlocken der Stadtverwaltung wohl sofort wieder aufhörte.

In diesem Brief bezog das LSG sich zunächst auf das BSG-Urteil vom 16.06.08 und bekräftigte, dass beim Fehlen eines amtlichen Mietspiegels eigene kommunale Ermittlungen zur durchschnittlichen Miethöhe maßgeblich sind und nicht etwa die Wohngeldtabelle. Danach aber kommen Fragen, die die Stadt Wilhelmshaven bis zum 1. November beantworten muss, damit die Verhandlung beim LSG im Dezember stattfinden kann.

"Weshalb geht der Beklagte davon aus, dass die gewählte Datenbasis ausreichend ist?", will das Gericht z.B. wissen. Bekanntlich wertet die Stadtverwaltung Wohnungsange-

bote in den Zeitungen aus, fragt Wohnungsbau-gesellschaften und das Grundsicherungsamt, und damit hat sie 3,9 % der Wohnungen (und nicht 10 %, wie das Bundessozialgericht es für angemessen hält) erfasst.

Einiges deutet darauf hin, dass die Stadtverwaltung bei der Betrachtung des möglichen Wohnungsmarktes für Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen nur darauf geachtet hat, dass die Miete billig sein soll. Dabei könnten auch Wohnungen, die nach jahrelangem Leerstand nicht mehr bewohnbar sind, in ihre Berechnungen eingeflossen sein. Und so muss die Stadt nun die Frage beantworten: *"Soweit einzelne Faktoren, insbesondere der Standard der Wohnungen – nicht berücksichtigt wurden: Weshalb wurde auf die Berücksichtigung dieser Faktoren verzichtet?"* Und: *"Wurde bei der Auswertung der Anzeigen sichergestellt, dass es bei den Wohnungen um tatsächlich bezugsfertige und für Hilfebedürftige nach dem SGB II zumutbare Wohnungen handelte?"*

Vor allem aber dürfte die Antwort auf folgende Frage aufschlussreich sein: *"Trifft es zu, dass nicht alle verfügbaren Wohnungsanzeigen in Wilhelmshaven in die Auswertung eingeflossen sind? Falls ja: Weshalb sind nicht alle Wohnungen berücksichtigt worden?"* – Erinnern wir uns: Als zu Beginn der Hartz IV-Ära Tausende von Hilfebedürfti-

gen zum Umzug oder sonstigen Kostensenkungsmaßnahmen aufgefordert wurden, lag diesen Briefen eine Aufstellung einiger Wohnungen zum "angemessenen" Mietpreis bei. Diese Wohnungen hätten aber im Leben nie für alle Betroffenen gereicht. Immer noch sind Alg II-BezieherInnen auf der Suche nach Wohnungen, die die Stadt anstandslos zahlt.

Auch bezüglich der Daten vom Grundsicherungsamt ist das LSG offenbar skeptisch. *"Soweit bei der Berechnung die Mieten der Empfänger von Leistungen nach dem SGB VII zu Grunde gelegt wurden: Wurden die tatsächlichen Mieten oder die Zahlungsbeträge der Leistungen nach dem SGB XII zu Grunde gelegt?"* – Uns sind einige GrundsicherungsempfängerInnen bekannt, in deren Leistung nicht die tatsächliche Miete, sondern die "Höchstgrenze" eingeflossen ist. Das würde dann bedeuten: Die Arbeitslosengeld II-Berechtigten bekommen nicht, was sie brauchen, weil die Alten und Kranken auch nicht bekommen, was sie brauchen.

Es ist *"beabsichtigt, möglichst am 11. Dezember 2008 über die Kosten der Unterkunft eine mündliche Verhandlung durchzuführen."* So lange müssen die Erwerbslosen in Wilhelmshaven also mindestens noch warten, bis sie – hoffentlich! - ihre tatsächlich angemessenen Kosten der Unterkunft bekommen. □

Anwalt vor Gericht

Soll Rechtsanwalt Alfred Kroll mundtot gemacht werden?

(noa) Am 27. Oktober 2008 um 10 Uhr steht der auch in Wilhelmshaven bekannte und geschätzte Oldenburger Rechtsanwalt Alfred Kroll vor Gericht – dann nicht an der Seite eines Mandanten, der um sein Recht kämpfen muss, sondern diesmal in eigener Sache.

Im Sitzungssaal 1 des Oberlandesgerichts Oldenburg am Richard-Wagner-Platz 1 wird es ein Anwaltsgerichtsverfahren*) geben, bei dem Alfred Kroll nachgewiesen werden soll, dass er sich in Schriftsätzen "unsachlich", "herabsetzend", "polemisch" usw. über Amtsleiter von Sozialleistungsbehörden geäußert habe. Entsprechende Verfahren gegen Kroll gab es schon in der Vergangenheit. 1997 wurde eines gegen eine Entschuldigung bei zwei Behördenvertretern, die sich auf den Schlipps getreten fühlten, und eine Zahlung von 2.000 DM Geldbuße eingestellt; 2001 wurde eines niedergeschlagen, weil dem Anwalt die ihm vorgeworfenen Entgleisungen nicht nachgewiesen werden konnten.

Wer Alfred Kroll kennt – z.B. die Gäste der ALI-Versammlungen, bei denen er als Referent auftrat, seine StudentInnen an der Universität Oldenburg oder die Beschäftigten von Hilfsdiensten, die ihn als Referenten zu Fortbildungsveranstaltungen eingeladen hatten – weiß, dass er kein Blatt vor den Mund nimmt, wenn es darum geht, Unrecht anzuprangern. Wir haben ihn im Gegenwind entsprechend zitiert. "Rechtsbruch, Missbrauch, Willkür" hat er dem Job-Center Wilhelmshaven vorgeworfen (GW 207), eine "skandalöse Rechtsauffassung" hat er ihm bescheinigt (GW 219), und zum Thema "Kinderwohngeld" hat er gesagt, wenn das Job-Center Hartz IV-Eltern dazu auffordere, Wohngeld für ihre Kinder zu beantragen, dann sei das "Nötigung zum Rechtsbruch" (GW 228).

Wer Kroll kennt, rechnet auch bestimmt nicht damit, dass er nun angesichts eines Standesverfahrens die Füße stillhalten wird. Kroll bearbeitet jährlich ca. 1.000 Fälle im Zusammenhang mit Hartz IV, darunter wohl die meisten Klagen Wilhelmshavener Betroffener, und er vertritt häufig und engagiert Menschen mit Behinderungen. In seiner Pressemitteilung über das neuerliche Verfahren gegen ihn äußert er, dass er "im Rahmen einer anwaltlichen Interessenvertretung in ca. 2-3 Fällen pro Jahr zur Vermeidung von irreparablen gesundheitlichen Schäden seiner behinderten Mandanten und zur Abwendung von Eigen- und Fremdgefährdung (...) sozusagen im Kampf um das Recht teilweise zu drastischen, aber wirkungsvollen Maßnahmen ge-

genüber den verantwortlichen Behörden greifen" musste, wenn seine Mandanten "eklatanten Willkürakten durch die verantwortlichen Amtsträger bis hin zur Rechtsbeugung (...) ausgesetzt" waren. Zu seiner teilweise drastischen Wortwahl sieht er sich verpflichtet, wenn es darum geht, Hilfebedürftigen zu ihrem Recht zu verhelfen.

In der Anschuldigungsschrift der Generalstaatsanwaltschaft werden Kroll (exemplarisch nur) zwei Pflichtverletzungen vorgeworfen, und es wird gesagt, er greife "in seinen Schriftsätzen immer wieder zu Formulierungen, die wegen ihrer Unsachlichkeit bei den Sozialbehörden, aber auch bei den Gerichten Anstoß erregen." Und eine enttäuschte Erwartung formuliert die Generalstaatsanwaltschaft auch: Die Einstellung des Verfahrens 1997 gegen Zahlung von 2.000 DM war "mit der Erwartung verknüpft, dass der Rechtsanwalt in Zukunft das Gebot der Sachlichkeit beachten wird." Aber dennoch habe Kroll danach wieder Anlass zu Beschwerden beim Vorstand der Rechtsanwaltskammer und dadurch zu einem Standesverfahren gegeben. Besonders empörend findet die Generalstaatsanwaltschaft es offenbar, dass Kroll "sogar wäh-



JONATHAN

NATURKOST

Die Bio-Frische in Wilhelmshaven

Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 13438
 Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-14.00 Uhr

rend der laufenden vorgenannten Verfahren sein unsachliches Verhalten (...) fortsetzte."

Was ist so unsachlich an Krolls Schriftsätzen und seinen Einlassungen vor Gericht? Er wirft Sozialbehörden "Nötigung" und "unterlassene Hilfeleistung" vor, nennt die Verweigerung von Leistungen, auf die seine MandantInnen Anspruch haben, "skandalös" und bezeichnet sie als "eklatanten Rechtsbruch".

Alfred Kroll wünscht sich die Verhandlung gegen ihn öffentlich und in einem großen Gerichtssaal, denn er will "das eingeleitete Standesverfahren zum Anlass nehmen, die interessierte Öffentlichkeit über wiederholt registrierte Behördenwillkür zu Lasten von behinderten Menschen umfassend zu informieren, nicht zuletzt, damit sich die Öffentlichkeit ein grundlegendes Bild über den Behördenumgang gegenüber behinderten Menschen und damit einhergehende skandalöse Beschneidungen ihrer elementaren Grundrechte machen kann." Und er will die Gelegenheit seines Verfahrens nutzen, um zu zeigen, dass auch bei der Anwendung von Hartz IV erhebliche Rechtsverstöße an der Tagesordnung sind. Womöglich wird die Generalstaatsanwaltschaft ihm genau diese Absicht auch noch zum Vorwurf machen. Wahrscheinlich wäre manch anderer angesichts eines solchen Verfahrens schon längst eingeknickt und hätte sich fortan gemäßig, um die eigene Haut zu retten – Alfred Kroll nicht! □

**) Ein Anwaltsgerichtsverfahren ist ein spezialrechtlicher Gerichtsweg für Verstöße eines Rechtsanwaltes gegen die für Rechtsanwälte geltenden Gesetze und Verhaltensvorschriften. Das Anwaltsgericht ist ein staatliches Gericht; für die Dauer eines Verfahrens hat ein Rechtsanwalt die Stellung eines hauptberuflichen Richters. Die möglichen Sanktionen in einem solchen Verfahren sind: Warnung, Verweis, Geldbuße bis 25.000 Euro, eine Kopplung von Verweis und Geldbuße, ein zeitlich begrenztes Vertretungsverbot und der Ausschluss aus der Rechtsanwaltschaft.*

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten,
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Südstadt!!

BAVARIA KRUG

**Betreutes Trinken
seit 1913!**

Die Hammelbeine lang ziehen!

Rat und Verwaltung arbeiten stümperhaft

(hk) Wenn man nicht seit seiner Geburt in Wilhelmshaven leben würde, man würde kaum glauben, zu welchen Streichen die Damen und Herren der Wilhelmshavener Verwaltungsspitze und des Rates fähig sind. Neuestes Beispiel: Der Durchbau der Havermonikenstraße musste gestoppt werden, weil das Süd-(West-)Gleis der Bundesbahn, welches an den Kanalhäfen entlang zum Marinearsenal führt, im Weg liegt.

Nun liegt das Gleis ja nicht erst seit einigen Tagen dort, sondern schon seit vielen, vielen Jahrzehnten. Es ist auch nicht so, dass die Herren und Damen des Rates und der Verwaltung davon nichts wussten.

Dass es hier zum Kollaps kommen musste, beweisen die folgenden Ausschnitte aus dem Protokoll der Ratssitzung am 22.11.2006. Zur Erläuterung vorweg: Durch den Bau des ca. 6 Kilometer langen Nordgleises soll die Südstadt über das Industriestammgleis mit dem Schienenfernverkehr verbunden werden. Dazu wären u.a. zwei aufwändige Brückenbauten (Querung Maade und Überbrückung der Straße zum Marinestützpunkt) nötig. Doch zurück in den Ratssaal zur Ratssitzung am 22. November 2006. Es geht um die Behandlung der Anregungen und Bedenken zum Bebauungsplan Nr. 40 / 5. Änderung – Havermonikenstraße/Kohlenhafen:

Frau Aljets wies darauf hin, dass es in der Südstadt noch einiges zu beordnen gebe, wozu auch die verkehrliche Situation der Weserstraße gehöre. Sie begrüße es, dass die Verwaltung dafür eine Entlastungsstraße plane, die am Kohlenhafen ende. (...) Problematisch sei der Bebauungsplan an der Stelle, wo die Querung des Industriegleises erfolge. Die Stadt sei ihres Wissens seitens des Landes aufgefordert worden, an der Planung am Nordgleis nicht weiter festzuhalten. Dies bedeute, dass man das Industriegleis weiter benötige. Darum müsse hier besonders sensibel gearbeitet werden. (...)

Ergänzend zu den Ausführungen von Frau Aljets erklärte Herr Rech, dass sich der Bauausschuss sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt habe. Es handele es sich hier um historisches Gelände, dessen Gesicht sich in absehbarer Zeit völlig verändern werde. Dabei solle die Havermonikenstraße im Durchbau helfen. Das angesprochene Gleis sei in der Tat das einzige Gleis, welches zu den Hafenanlagen führe. Es werde zurzeit wenig genutzt, die Eigentümerin habe sich aber dazu bekannt, es weiterhin zu unterhalten.

(...) Herr Schmidt machte deutlich, dass das bestehende Problem der Gleise durch die Trennung von Bahn und Straße gelöst werden soll. Er ging im Weiteren auf die Ausführungen von Frau Aljets ein und wies darauf hin, dass das Land nicht generell das Planfeststellungsverfahren für das Nordgleis in Frage gestellt habe, sondern dass das Verfahren im Zuge der JadeWeserPort-Planung zurzeit nicht aufgestellt werden solle. Dennoch müsse man Sorge dafür tragen, dass die Planungen für das Nordgleis nicht in Vergessenheit geraten.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass ihm ein solcher Diskussionsstand nicht bekannt sei. Er wisse nichts von einer Aufgabe des Nordgleises (...) Der Bau des Nordgleises sei notwendig, denn das Südgleis könne lediglich als Hilfsgleis bezeichnet werden.

Herr Neumann widersprach der Aussage von

Herrn Rech. Ständig werde die Stadt von der Bahn gebeten, ihr Einverständnis zur Aufgabe dieses maroden Gleises zu geben. Darüber hinaus wurde die Stadt vom Land aufgefordert, die Planungen für das Nordgleis aufzugeben. (...)

Herr Oberbürgermeister Menzel erklärte, dass es in der Tat eine Aufforderung des Landes gebe, diese Planungen momentan nicht weiter zu verfolgen, weil man für den Planfeststellungsbeschluss JadeWeserPort Gefahren sieht. Um sich nicht erneut Attacken im politischen Raum auszusetzen, die Stadt behindere den Planfeststellungsbeschluss, habe man zurzeit die Arbeiten unterbrochen. Abschließend sprachen sich die Ratsmitglieder Rech und Adam gegen die Stilllegung des Westgleises aus.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Aus diesen Protokoll-Auszügen geht nicht gerade eindeutig hervor, dass die Ratsmitglieder wussten, worüber sie redeten. Dennoch gab es den einstimmigen Beschluss, und die Maschine nahm Fahrt auf.

Sinnloser Aktionismus

Da wurde erst einmal das Fendel-Gebäude in der Rüderstraße aufgekauft – und das ganz sicher nicht für nur einen Euro! Anschließend wurde das gerade gekaufte Gebäude abgerissen (was ja auch nicht gerade billig war). Als nächstes wurden Bäume gerodet, wurde alles platt gemacht, um den Durchstoß der Rüderstraße zur noch nicht vorhandenen Havermonikenstraße in Höhe des ehemaligen Jade-Bades zu realisieren. Ob man dabei dann auf das Gleis gestoßen ist, oder darauf, dass das Gleis verlegt werden muss?

Nun bauen die Ratsmitglieder darauf, dass irgendwann das Nordgleis gebaut wird (von dem noch niemand weiß, wer's bezahlen soll – man spricht inzwischen immerhin schon von mehr als 20 Millionen Euro!) und damit dann vielleicht das Süd-(West-)Gleis überflüssig wird.

Laut Wilhelmshavener Zeitung vom 2. Oktober soll der Bauausschussvorsitzende Norbert Schmidt den Vorgang mit dem Satz "Warum bekommen wir eigentlich nie eine Gesamtplanung hin?" kommentiert haben. Wir wüssten da schon eine Antwort (siehe Überschrift). □

ELCO!



Reise nach Berlin zu gewinnen!

Im September vor 91 Jahren wurden zwei Menschen vom Staat ermordet, deren Sinnen und Trachten es war, das sinnlose Blutvergießen zu beenden, in das die kaiserliche Generalität Millionen Menschen getrieben hatte. Sie wollten das bis dahin fürchterlichste Gemetzel der Weltgeschichte, sie wollten den Ersten Weltkrieg beenden. Kein Kriegsschiff sollte mehr auslaufen, das war ihr Bestreben. Mit ihrem Widerstand leiteten sie jene Entwicklung ein, die unter dem Namen "Novemberrevolution" vor 90 Jahren in die Geschichte einging.

Und das alles fand hier bei uns in Wilhelmshaven statt. Warum wissen wir eigentlich so wenig davon? Warum gibt es in unserer Stadt fast keine Hinweise durch Straßennamen oder Gedenktafeln?

Wenn ihr Lust habt, einige Quizfragen zu lösen, dann schickt uns den ausgefüllten Fragebogen bis zum 15. November 2008 zurück. Bei mehr als 10 richtigen Einsendungen entscheidet das Los, wer für drei Tage nach Berlin fahren und dort nicht nur den Bundestag, sondern auch einige historische Stätten, die an diese Zeit erinnern, besuchen kann. Teilnehmen können alle WilhelmshavenerInnen, die nach 1980 geboren sind. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

1. Wie waren die Namen der beiden ermordeten Matrosen?

.....

2. Wie alt waren sie, als die erschossen wurden?

.....

3. Aus Angst vor Aufständen traute die Marineführung sich nicht, sie in Wilhelmshaven erschießen zu lassen. Wo wurden sie hingerichtet?

.....

4. Nach der Absetzung der Admiralität im November 1918 bildeten die Matrosen durch Abstimmung auf den Schiffen ein Gremium. Wie hieß es?

.....

5. Wie war der Name des Vorsitzenden?

.....

6. Dieser Mann hielt am 10. 11. 1918 vor mehr als 100.000 Menschen eine historische Rede für den Jade-raum. Was verkündete er unter großem Jubel der Menschen?

.....

7. Alle Menschen, die während dieser Zeit z.B. in Bant oder Heppens geboren wurden, haben als Geburtsort in ihrer Geburtsurkunde nicht Wilhelmshaven, sondern welchen Ort stehen?

.....

8. Wie kommt die Grenzstraße an ihren Namen?

.....

Absender:

.....
Name, Vorname, Geburtsdatum

.....
Straße, Hausnummer

.....
PLZ, Wohnort

.....
Telefonnummer, eMail-Adresse

Bis 15. November 2008 einsenden an:

DIE LINKE, Wilhelmshaven, Hermannstraße 1, 26384 Wilhelmshaven